

sichtigung gefunden habe, daß den Gehilfen die nötige Zeit gelassen werde müsse, sich eine neue Stelle zu suchen. Zu vermessen sei ferner eine positive Bestimmung bei den Vorschriften über die Kündigung. Eine Concurrenzclausel halte er überhaupt nur da für berechtigt, wo wirklich Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu wahren sind. Daß man Minderjährige nicht durch eine solche Clausel binden dürfe, halte er für selbstverständlich. Auch dürfe die Clausel überhaupt nur besser bezahlten Angestellten auferlegt werden. Die weitere Debatte über diesen Gegenstand bot, abgesehen von einer Rede des Abg. Stadthagen (Soc.), der den Entwurf zu „capitalistisch“ fand, nichts Neues. Alsdann nahm der Reichstag mit allen gegen die eine Stimme des auch von seinen antilettischen Freunden verurteilten Abg. Dr. Viefhaber, die von der Unfallversicherungs-Gesetzgebung zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen an. Staatssecretär v. Boetticher erklärte, daß eine entsprechende Vorlage schon ausgearbeitet gewesen, im preussischen Ministerium des Innern aber auf Bedenken gestoßen sei. Die Regierung werde bemüht sein, der Resolution zu entsprechen, wenn dies auch nicht schon bis zur 2. Lesung der Unfallversicherungsnovelle möglich sein dürfte. Donnerstag Abends wurde der Socialdemokraten Petitionen.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Mittwoch den Kolonialetat. Auf die Frage, ob der verurteilte Privatbeamte Schröder nach Deutschland transportiert werden sei, erwiderte Kolonialdirektor v. Richter, Strafen über 6 Monate dürften nicht in den Kolonien verbüßt werden. Gegen Schröder schwebten noch Untersuchungen, die den Transport nach Deutschland verzögert hätten. Richter erklärte ferner, er theile die Ansicht, daß der Gouverneur allein verantwortlich sein müsse. Die Unterabteilungen in der Verwaltung würden im nächstjährigen Etat verschwinden. Die Frage der Stellvertretung des Gouverneurs sei so gut wie erledigt. Oberstleutnant Rothhauf sei bald in Deutschland ein. Der älteste Beamte werde in Zukunft die Stellvertretung des Gouverneurs übernehmen. Die Kommission beschloß demgemäß die Forderung von Mk. 25.000 für einen künftigen Stellvertreter des Gouverneurs und setzte dafür Mk. 2000 ein als Aufschuß für den ältesten als Stellvertreter dienenden Beamten. Auf eine Anfrage Hammachers, ob der Geologe Entdeckungen machte, erwiderte Richter, er habe zu Goldminen kein großes Vertrauen.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens des deutschen Landwirtschaftsrates am Mittwoch waren erschienen: der Reichstagskanzler, Staatssecretär v. Boetticher und Minister von Hammerstein, der bayerische und badische Finanzminister u. A. Der Reichstagskanzler wies in längerer Rede auf die 25jährige Tätigkeit des Landwirtschaftsrates hin, dessen Beratungen wertvolles Material für Gesetzgebung und Verwaltung geliefert hätten, sowie den Wunsch der verbündeten Regierungen aus, daß ihnen auch künftig der sorgfältige Beirat des Landwirtschaftsrates erhalten bleibe, der patriotische gemeinnützige Sinn der Beratungen fortwähre zum Heil der deutschen Landwirtschaft und des Vaterlandes. (Sturm. Beifall.) Die Versammlung landete ein begeistertes Jubelungstelegramm an den deutschen Kaiser ab. Nachmittags war im Kaiserhofe ein Festmahl.

Die Organisationen der Arbeitgeber als Streikverbände, welche bisher hauptsächlich nur über Berlin ihre Wirksamkeit ausübten, treten in ein neues Stadium. Nach dem Beispiel der Arbeitnehmer erstrecken sie ihre Wirksamkeit auch auf übrige Orte Deutschlands, aus ihrer localen Tätigkeit hinausretend. So hat die bekannte „Freie Vereinigung der Pianofortefabrikanten Berlins“, welche durch ihr Vorgehen den Streik der Musikinstrumentenarbeiter zum Scheitern brachte und auch heute noch auf die strenge Durchführung der sogenannten „Schwarzen Liste“ achtet, in ihrer letzten Versammlung beschlossen, die vom Generalstreik betroffene Pianofortefabrikation von Peking in Schweden in jeder Weise zu unterstützen. — Was den Arbeitern recht ist, ist den Arbeitgebern billig. Eine befriedigende Lösung der Frage des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wird freilich auf diesem Wege nicht erfolgen.

Petition der Bäcker an den Reichstag. Der Vorstand der hiesigen Bäckervereinigung „Concordia“ hat sämtlichen Reichstagsabgeordneten durch den Obermeister Gemeinhardt eine Petition überreichen lassen, worin die Abgeordneten ersucht werden, für Aufhebung der Bundesratsverordnung über den Betrieb im Bäckergewerbe einzutreten. Sei die Aufhebung der Verordnung nicht möglich, so wird um die Festsetzung einer Minutalzeit von 70 bis 74 Stunden pro Woche ersucht. Sollte auch dies nicht zu erreichen sein, so ersucht die Petition den Reichstag, die Nachtarbeit im Bäckergewerbe durch Gesetz zu verbieten.

Im Abgeordnetenhaus gab heute das Gehalt des Herrn Ministers v. d. Recke Gelegenheit zu einer erneuten „Polen-debatte“, die wieder einen großen Aufwand von „nationalen“ Phrasen, geklingel und beweislosen Behauptungen auf parlamentarischer Seite zeitigte. Herr v. d. Recke war darin ein würdiger Genosse der Herren v. Liebenow, Graf Limburg, Sattler o. tutti quanti. Da die beiden letztgenannten Herren sich auch

wieder ereigneten, in mehr oder minder offener Weise den Patriotismus des Centrums anzuzweifeln, so protestierte Freiherr v. Heeremann mit berechtigter Entrüstung gegen solche Anzweiflungen, indem er zugleich das Sinken des Reichsgelübs in manchen Kreisen beklagte.

Das Ergebnis der deutsch-russischen Zollverhandlungen liegt in einem nunmehr unterzeichneten Schlussprotokoll vor, das im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht wird. Das Protokoll umfaßt zunächst die Abmachungen über Veterinärfragen; die Maßnahmen gegen Schweine-einfuhr, Sperrung gegen rohes Schweinefleisch werden aufrecht erhalten, dagegen bezüglich der Pferde-einfuhr, der zollfreien Einfuhr kleiner Quantitäten Fleisch, der Einfuhr von Heu und Stroh Erleichterungen getroffen. Ferner werden behandelt: gegenseitiger Nachrichten-austausch, Frage des Zollvertrages, der Fischerei, der Wasserkraften und Grenzbeschränkungen u. d. Der Wortlaut des Protokolls werden wir noch nachtragen.

Der abgeänderte Entwurf eines Gesetzes zur Organisation des Handwerks ist dem Bundesrathe zugegangen. Nach der „Frankf. Ztg.“ sind in diesem zweiten Entwurfe folgende Veränderungen vorgenommen:

Die Zwangsinnung als Grundgesetz hat man fallen lassen und den Handwerksausschuß vollständig beseitigt. Ueber die Möglichkeit der Innungsbildung heißt es: „Die, die ein Gewerbe selbstständig betreiben, können zur Förderung der gemeinsamen Interessen zu einer Innung zusammenzutreten.“ Die Innungen behalten die Rechte der juristischen Person, die Aufgaben, die zu erfüllen sie verpflichtet sind, und berechnen sich, haben keine Veränderung erfahren, und so ist unter den Befugnissen auch fernerhin die Bildung von Schiedsgerichten stehen geblieben. Die Kennzeichnung des Umfangs einer Innung beschränkt sich darauf, daß ihr Bezirk in der Regel nicht über den der höheren Verwaltungsbehörde, der sie unterstellt ist, hinausgehen soll. Die Zwangsinnung hat man im Prinzip aufgegeben, aber nicht ganz in der Praxis. Man will den Versuch mit freiwilligen Zwangsinnungen machen, indem die Zwangsinnung auf den Antrag der Mitglieder eingerichtet wird, wenn 1. die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt; 2. der Bezirk der Innung so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnorts vom Sitz der Innung behindert wird, am Genossenschaftsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen; und 3. die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht. Ohne Herbeiführung einer Abstimmung kann der Antrag abgelehnt werden, wenn die Antragsteller einen verhältnismäßig nur kleinen Bruchteil der beteiligten Handwerker bilden, oder wenn ein gleicher Antrag bei einer innerhalb der letzten drei Jahre stattgefundenen Abstimmung von der Mehrheit der Beteiligten abgelehnt worden ist. Nach einem zweiten Vorschlage kann der Antrag auf Einrichtung der Zwangsinnung auch dann abgelehnt werden ohne vorhergegangene Abstimmung, wenn durch andere Einrichtungen als die einer Innung für die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der beteiligten Handwerker ausreichende Fürsorge getroffen ist. An den Bestimmungen über die Innungsausschüsse und Innungsverordnungen ist nichts Wesentliches geändert worden, dagegen ist die Bildung der Handwerkskammern nach dem Wegfallen der Handwerksausschüsse in anderer Weise geregelt. Die Mitglieder der Kammer werden gewählt aus 1. den Handwerksbetriebern, die im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, aus der Zahl der Innungsmitglieder; 2. von den Gewerbetreibenden und sonstigen Vereinigungen, die die Förderung der gewerblichen Interessen des Handwerks verfolgen, mindestens zur Hälfte ihrer Mitglieder aus Handwerkern bestehend und im Bezirk der Handwerkskammer ihren Sitz haben, aus der Zahl ihrer Mitglieder, soweit dieselben nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die Wahlbarkeit aufweist. Mitglieder, welche einer Innung angehören oder nicht Handwerker sind, dürfen an der Wahl nicht betheiligt sein. Die Wahlen zur Handwerkskammer erfolgen auf sechs Jahre; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Die aus der Einrichtung und Tätigkeit der Handwerkskammer erwachsenden Kosten werden, soweit sie nicht anderweit Deckung finden, von den Gemeinden des Handwerkskammerbezirks nach dem Verhältnis der Zahl der den Gemeindebezirken angehörenden selbstständigen Handwerksbetriebe getragen. Die Gemeinden sind ermächtigt, die Beiträge auf die einzelnen Handwerksbetriebe nach einem von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Verteilungsmassstab umzusetzen. Der Gesellschaftsausschuß bei der Handwerkskammer ist beseitigt worden.

Beleidsigungsklage haben die Firmadar-leiter des H. R. L.-Verains gegen die „Gazeta Grudzinska“ in Grudenz eingereicht. Die Herren v. Hanse mann (Wampow), Renne mann (Kenta) und v. Liebenow (Seehausen) nebst dem Rechtsanwalte Wagner (Grudenz) fühlten sich durch einen Artikel des Blattes mit der Ueberschrift „Aktion, polnisches Volk!“ beleidigt. — Gegen die Redacteure der „Gazeta Gdansta“, sowie des „Pielgrim Wielgryn“, der polnischen Zeitung in Grudenz, sowie der beiden Thorne polnischen Blätter soll jetzt insgesamt etwa ein Duzend Proceffe schweben. Die Redacteure

westpreussisch-polnischer Blätter sollen jetzt überdies sehr häufig bei ihren Ausgängen und Reisen von Polizisten begleitet sein, welche den Männern der Feder immer von weitem folgen. Demnach scheint eine scharfe polizeiliche Ueberwachung stattzufinden.

Die friedliche Gesinnung Murawjew wird aus einer Aussprache klar, die er laut „Berl. Tagebl.“ während seines jüngsten Berliner Aufenthaltes, unbekannt gegenüber wem, gehalten hat. Er soll gesagt haben: Als Leiter der auswärtigen Politik Russlands werde für ihn in erster Reihe stets die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens stehen. Er würde es für ein großes Unglück halten, wenn Rußland in eine kriegerische Action in Europa verwickelt werden würde, sei es allein, sei es in Verbindung mit irgend einer anderen europäischen Macht. An dem Tage, an welchem er genötigt werden sollte, eine Kriegserklärung auszusprechen, würde er keine Demission einreichen. Das klingt außerordentlich beruhigend. Leider ist Herr Murawjew aber nicht der einzige, der Rußlands auswärtige Politik bestimmt, und seine Unerschlichkeit glaubt er wohl selbst nicht.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Febr. In einer von den heute abgehaltenen socialdemokratischen Wahlversammlungen kam es zu einem Handgemenge zwischen Socialdemokraten und Christlich-Socialen. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. — In Form eines anonymen Flugblattes ist das „Programm der Deutschfortschrittlichen Partei in Wien“ erschienen. Außer den gewöhnlichen alt- und neoliberalen Phrasen erscheint unter der Rubrik „Zustimmung“ auch der Satz: „Wir verlangen eine Reform der Ehegesetgebung unter endlicher Einführung der in fast allen Culturstaaten bereits bestehenden obligatorischen Eheliche.“ Ist das nicht etwas früh?

Wien, 6. Febr. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf über die Deckung des Ausfallensdefizits und über die Einführung der Klassenlotterie an mit der Abänderung, daß die Einfälle in der kleinen Lotterie erst vom 1. October 1897 ab aufhören sollen.

Wien, 9. Febr. Der Schulausschuß des Landtages hat beschlossen, den Landesaus-schuß aufzufordern, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die deutsche Sprache als ausschließliche Unterrichtssprache in den öffentlichen Volksschulen und den Bürgerschulen Niederösterreichs festsetzt. Im Sinne des Staats-grundgesetzes sei die deutsche Sprache die ausschließliche landesübliche Sprache in Niederösterreich; der Ausschuß erblicke daher in der Verleugung des Definitivitätsrechtes an der Kammer-Schule eine Verletzung des Staatsgrund-gesetzes.

Der gestrige Ball der Stadt Wien ist glänzend verlaufen. Der Kaiser, mehrere Erbgroßherzöge, die Votivkaiser, die Minister und die Spitzen der Gesellschaft nahmen an demselben Theil. Der Kaiser führte die Gemahlin des deutschen Reichskanzlers Grafen zu Eulenburg, sprach fast alle Gemeinderäte an und trank ein von dem Bürgermeister dargebotenes Glas Bier auf das Wohl der Stadt Wien. Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ sagte der Kaiser sogar zu Dr. Zueger, der ihn begrüßte: „Wie geht es Ihnen, lieber Doktor Zueger, sind Sie schon wieder ganz hergestellt?“ Diese Nachfrage ist deshalb besonders interessant, weil diesmal die antiliberalen Gemeinderats-Majorität die Arrangements in Händen hatte und das Ball-Comite fast ausschließlich aus christlichen Mitgliedern zusammengelegt war. In judenliberalen Kreisen hätte man so gern ein Mißlingen des Festes gewünscht.

Lemberg, 9. Febr. Der galizische Landtag nahm unter dem Vorsteh des Landmarschall-Stellvertreters, des ruthenischen Bischofs Cardinal Sembratowicz, einstimmig unter langanhaltenden stürmischen Beifallrufen einen vom Landmarschall Grafen Stanislaus Badeni vorgelegten Dringlichkeitsantrag an, dahingehend, daß anlässlich des 50-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers das königliche Schloss am Berge Wawel in Krakau aus Landesmitteln als Kaiserresidenz hergerichtet und ausgestellt werden und der Kaiser um Uebernahme dieser Residenz gebeten werden soll. Der Landmarschall begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die Dankbarkeit, Anhänglichkeit und Treue der beiden Galizien bewohnenden Nationalitäten für den Kaiser. Im Laufe der Beratung hob Danilewski die Loyalität der Ruthenen hervor. Die polnische Bauernpartei hatte schon in einer gestern abgehaltenen Konferenz dem Antrage jubelnd zugestimmt. Die unter Galizien's Scepter lebenden Polen haben kein Verlangen nach einer Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen. Wie das nur kommen mag? ...

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Der frühere Marine-minister Rochey erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“ gegenüber, der künftige Zustand der französischen Flotte verbinde Frankreich, seine Rechte, falls dies notwendig wäre, geltend zu machen. — Ist Herr Rochey aber nicht ein wenig zu sehr durch die öffentliche Meinung geformt zu werden wegen seines Ausspruchs?

Paris, 9. Febr. Der „Figaro“ schreibt, Frankreich trage nicht die Schuld, wenn die europäischen Politik im Orient in letzter Zeit zunehmend und unentschieden gewesen sei. Rußland

habe die Aussprüche des Sultans ohne Wider-spruch noch Vorbehalt zugelassen, während Frankreich Rußland fortwährend zum Handeln gedrängt habe. Was die Zukunft anlangt, so brauche Frankreich wohl nur an die Grabschichte und Loyalität seiner russischen Freunde zu appellieren. Die russischen Sonderinteressen, womit diese sich in den letzten fünf Monaten vielleicht zu sehr beschäftigt hätten, verschwinden vor der Solidarität, welche heute Rußland an Frankreich fesselt. Die Zeit sei nicht danach, daß Rußland einseitige Politik machen könne; sie würde keinen Erfolg für Rußland haben, weder in der Türkei, noch in dem Balkanbecken der russischen Freundschaft. Die Orient politik ist geeignet, die französisch-russische Allianz zu erschüttern. In den Augen des Volkes gewinnt der Werth dieses Bündnisses keineswegs durch das Verhalten Rußlands.

Italien.

Rom, 8. Febr. Die Unruhen an den Universitäten haben aufgehört; nur in Catania veranlaßten die Studierenden Kundgebungen; die Polizei stellte die Ordnung jedoch bald wieder her. — Wie schon gemeldet, ist General Cadorna in Turin gestorben. Es ist derselbe General Cadorna, welcher an der Spitze des italienischen Heeres stand, das im Jahre 1870 die Legergabe Roms erzwang und den Papst des Kirchen-staates beraubte.

Rom, 10. Februar. Der „Agenzia Stef.“ wird aus Vicenza von gestern Abend gemeldet: Die Befragung von Ruffalo rückte am 6. ds. aus und besetzte Abu-Wamel. Dieselbe hatte Befehl, mit dem Feinde, welcher auf dem Rückzuge begriffen ist, in Fühlung zu bleiben und etwaige Nachzügler gefangen zu nehmen. Die Derwische gingen über den Abbara zurück nach El Faidher. General Viganò befahl die Auflösung der Operationskolonne. Die dazu gehörigen Truppentheile sollen am 15. Februar wieder in ihren Standplätzen sein.

England.

London, 8. Febr. Im Unterhause wurde der Heeresetat weiterberathen. Ein Zusatz-antrag wurde eingebracht, daß das Haus, während es bereit sei, die nöthigen Gelder für eine wirksame Aufrechterhaltung der Heeresstärke zu bewilligen, davon überzeugt zu sein wünsche, daß das jetzige System den Erfordernissen des Reiches entspreche, wurde mit 197 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Berathung erklärte der Parlamentssecretär Brodrick es für zwecklos, die auf dem Festlande erzielten Ergebnisse mit den in England erlangten Resultaten zu vergleichen. Die jetzt vorgeschlagene Vermehrung des Heeres sei die größte seit 25 Jahren und befriedige die Militärbefehle.

Rußland.

Petersburg, 8. Febr. Im Ministerium für Verkehrewege wird, wie der „Regierungsbote“ meldet, ein Entwurf zur Vergrößerung des Hafens von Odessa verathen; der Entwurf wird Februar dem Reichsrath zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Meinung klingt nicht gerade beruhigend, hat aber bei der friedlichen Gesinnung Murawjew's (vergl. Deutsches Reich) keine Bedeutung. — Die Gesetzsammlung für Finnland veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, welcher verfügt, daß im Großfürstenthum Finnland in Zukunft bei allen Gelegenheiten nur die russische weiß-blau-rote Nationalflagge verwendet werden soll. Vielleicht eine Antwort auf den Forderungslauf für die Provinz Posen der preussischen Regierung? — Mit dem 12. Februar tritt ein neuer herabgesetzter Tarif für alle russischen Bahnen für das zum Export über Libau, Riga und Reval nach dem Ausland bestimmte Mehl in Kraft. — Gegen Schluß der gestrigen Börse erzeugten eine Reihe beunruhigender Gerüchte, von der Annäherung der Pest, von ernstlichen Schwierigkeiten in der Türkei sowie über innere russische Ereignisse einen starken Preisfall der Wertpapiere. Wie sich bei zuverlässiger Information herausstellt, sind alle diese Gerüchte einfach erfunden und ohne jeden positiven Hintergrund.

Afrika.

Kairo, 6. Febr. Die ägyptische Regierung hat dem französischen und dem russischen Vertreter die Antwort ertheilt, sie habe das von der britischen Regierung gemachte Anerbieten eines Gelbbuchschiffes in laufender Rechnung in Uebereinstimmung mit dem Gesetze angenommen, welches sie zu einem derartigen Anschaffungs-berechtigten. Die Regierung glaube nicht ihre internationalen Verpflichtungen verletzen zu haben, welche sie stets sorgfältig achtet.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht einen Appell des „bekannten ägyptischen Patrioten“ Mustafa Kamel aus Kairo an die deutsche Nation zum Geburtstag Kaiser Wilhelms II. zu Gunsten seines unglücklichen Vaterlandes Ägypten. Er schildert darin, daß die von den Großmächten in West geleiste Ordnung nach der Occupation Ägyptens durch England nunmehr längst hergestellt sei, und nichts könne heute die Fortdauer dieser englischen Occupation rechtfertigen, die so schwer auf ganz Ägypten lastet. Sie habe keine Entschuldigungsgründe mehr und nur zur Folge, daß Nilthal moralisch und materiell zu Grunde zu richte. Der Appell schließt: „Warum steht Europa dem ruhig zu? Wir haben bereits zu verschiedenen Malen Bemeiseln dafür erhalten, daß Frankreich und Rußland die Befreiung unseres Vater-

landes wahr eine stricke es nicht sein Gerechtigkeits zur Seite?“

Ob der nützigkeit für Beide Mächte Ägyptens, weil sie in Deutschland Sinaubräun reich oder in dessen Stellen Theil des letzten Bogen lung die W einigen könn

Präsident

eigenständig anlang der Mar stellen, in den führung aus den Dant des Fortschung Achthundertag

Abg. Wai fesseltger Nab handlen, so da Die fortgesetzt gegen Bodenru nicht dem wu er ist nur Ag das Wartbegeg gang des Ham Zugung nach der Demokratie wo re den Achthun fundentag agt

Der sociali Volkscharakter. fesseln müssen wu Anregungen des

Der Antia Neben zum Fe wabr!) Der bei dieser Fra sicht auf Popu puncte festhalte Abg. Sipp ist zu viel umf Arbeitsleistung werks-Werk u acht Standen, Auer gekleiste) Beschäftigung 63 Stunden u überflüssig.

(Abg. v. S begibt sich sofo mehrere Minu neustichen Anz Zwecklos ist im vorliegenden hofft auf Sch nädigen Baderl Präsident von ja stellen.

Abg. Sipp ein, die Arbeitl fessen.

Abg. v. S trag Sige. Ge heilt der Arbeitl Verwerbung in sei unbedürftig Rückst auf di lische zu beie Unterordnung der Buzug zu mehr werden. beistellt sei je hestigkeit der tion der Arbeitl dieser Frage ge dargen sei es höchsten 63 S in 90 pSt. alle schuldigen. Dr fortstritt. Dr Sige stelle das eine Genote v auf dem Wege im Vertriebe d Ab. v. K al

nal-Antrag Ral würde er sich d denjenigen sel no die Währungs kleinen Betriebe der Regierung daß man diesele nenne, bis die G erfolgt sei.

Präsident v. antrag Rösde-e eingezogen ist dem Wege der Regelung der Abg. Sipp trag Sige Rinn Abg. Rösde

Der Antrag Demokraten ab werden würde. Arbeitszeit, wo Principal-Antra Eingegangen zum Principa Verlebenswegen Schneider zum am auf dem W sollen, nicht aber Abg. Graf tual-Antrag Ral Rösde. Abg. S

s ohne Wider-
während Frank-
andeln gedrängt
ge, so brauche
heit und Boy-
appellieren. Die
t diese sich in
st zu sehr be-
der Solidarität,
ich fessle. Die
land einseitige
e keinen Erfolg
er Türkei, noch
muthropfen in
Freundschaft.
In den Augen
des Bündnisses
Rußlands.

den in Catania
Fundgebungen;
bald wieder
General Cadorna
falsche General
e italienischen
die Lieberge-
des Kirgisen-

Agencia Stef.
um 6. ds. aus
hatte Befehl,
Küchenge be-
und etwaige
Die Deutsche
ch El Salvador.
ung der Ope-
ren Truppen-
der in ihren

erhaue wurde
Ein Aufstas-
s das Haus,
n Gelder für
eeresdienste
sein möchte,
berlassen des
97 gegen 63
der Verachtung
obdrück es für
geheten Ergeb-
n Resultaten
eignene Ver-
eit 25 Jahren

Ministerium
Regierungs-
Bergöberung
der Entwurf
Begründung
klingt nicht
er friedlichen
tisches Reich)
fehlhaltung
kaiserlichen
fürstenthum
Belegenheiten
ationalfrage
eine Antwort
des Hofes der
12. Februar
für alle
Export über
Auslande be-
schluß der
Reihe deun-
regierung der
ten in der
e Ereignisse
apiere. Wie
herausstellt,
sunden und

Ministerium
russischen
anbe das von
Anerkenntnis
Rechnung in
angenommen,
zusatzstücke
nicht über
st zu haben,

ntlicht einen
Patrioten
e deutsche
Wilhelms II.
Waterlandes
von den
nung nach
land nun-
danne könne
Occupation
e Ägypten
igung mehr
e moralisch

st Europa
daß Frank-
eres Vater-

landes wünschen. Deutschland hat bisher
eine strikte Neutralität bewahrt. Warum tritt
es nicht seinen Nachbarn bei diesem Werke der
Gerechtigkeit, des Friedens und der Humanität
zur Seite?
Ob der ägyptische Patriot an die Uneigen-
nützigkeit Frankreichs und Rußlands glaubt?
Beide Mächte protestieren gegen die Occupation
Ägyptens durch England doch nur deshalb,
weil sie nicht an dessen Stelle sich befinden.
Deutschland hat wahrlich kein Interesse an eine
Hinausdrängung Englands aus Ägypten. Frank-
reich und Rußland würden dann doch sofort an
dessen Stelle rücken. Ägypten ist ja nur ein
Theil des großen Türkenreiches, das in den
letzten Jagen liegt und über dessen Aufhe-
bung die Mächte sich bisher noch nicht haben
einigen können.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Febr.

Präsident v. Bismarck theilt mit, daß die vom Kaiser
eigenhändig angefertigten Tabellen, welche die Entwick-
lung der Marine in den verschiedenen Staaten dar-
stellen, in den Wandlungen des Reichstages zur Be-
rathung ausgelegt seien. Er werde dem Kaiser dafür
den Dank des Reichstages aussprechen.
Fortsetzung der Beratung des Antrags Auer bei
Nachmittag.

Abg. Bismarck (Centr.) Wenn wir in den
letzten Jahren auf dem Standpunkt des Antrags
hätten, so haben sich seitdem die Verhältnisse geändert.
Die fortschreitende Agitation hat uns veranlaßt, gegen
die Forderungen von dieser Seite, den Antrag nicht
nicht dem wahren Interesse der Arbeiter zu dienen,
er ist nur Agitationsmittel (Beifall). Das beweist auch
das Verhalten der sozialistischen Presse über den Aus-
gang des hiesigen Antrages. Besser wäre es, den
Zug nach den großen Städten zu hindern. Die Social-
demokratie wolle nur die Unzufriedenheit nähren. Haben
sie den Nachmittags, so werden sie für den Sie-
bentag agieren. (Sehr richtig.)

Der sozialistische Antrag entspricht nicht dem deutschen
Volkscharakter. Den Vorwurf der Arbeiterunzufrieden-
heit müssen wir von uns weisen. Wir folgen den
Anregungen der kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890.
Der Antrag zeigt, daß die Wahlen beginnen, am
Reben zum Fenster hinaus halten zu können. (Sehr
wahr!) Der bessere Theil der deutschen Arbeiter steht
bei dieser Frage hinter uns. Wir werden ohne Rück-
sicht auf Popularität an unsern wohlverordneten Stand-
punkte festhalten. (Beifall.)

Abg. Hüpeden (fractionlos). Der Antrag Auer
ist zu viel umfassend und das ist seine Schwäche. Die
Arbeitsleistungen sind qualitativ verschieden. Die Berg-
werksarbeit und die landwirtschaftliche Arbeit von je
acht Stunden, sind sehr verschieden. Der (zum Antrage
Auer gestellte) Abänderungsantrag Hise, nach welchem die
Beschränkung der Arbeitszeit in Fabriken auf höchstens
63 Stunden wöchentlich festzusetzen wäre, erscheint
überflüssig.

(Abg. v. Mirbach) betritt um 1.45 Uhr den Saal,
begibt sich sofort zum Präsidenten v. Bismarck und spricht
mehrere Minuten mit ihm, worauf er sich wegen seiner
neulichen Anwesenheit bei der Reichstags-Sitzung
Zweifellos ist, daß die kaiserlichen Erlasse von 1890
im vorliegenden Punkte noch nicht erfüllt sind. Neben-
her hofft zum Schluß, daß Bismarck Raumann bei den
nächsten Wahlen einen Platz im Hause erlange.

Präsident v. Bismarck bittet den Redner, bei der Sache
zu bleiben.
Abg. Hüpeden tritt für den Zusatz-Antrag Hise
ein, die Arbeitszeit auf 63 Stunden wöchentlich festzu-
setzen.

Abg. v. Hertling (Centr.) befragt den Redner,
ob die Arbeitszeit auch schon jetzt für eine angemessene
Verwendung ihrer freien Zeit sei. Der Antrag Auer
ist unüberführbar mit Rücksicht auf die Industrie, mit
Rücksicht auf diejenigen Arbeiter, die nicht als gewer-
liche zu bezeichnen seien. Es würde hierdurch eine
Unterordnung der landwirtschaftlichen Arbeiter und
der Jagd zu den Industrie-Centren würde nur ver-
mehrt werden. Die Tendenz der Verfassung der Ar-
beitszeit sei jetzt bereits wirksam durch die Gewissen-
haftigkeit der Unternehmer, ebenso durch die Organisa-
tion der Arbeiter. Aber in die friedliche Entwicklung
dieser Frage gewaltsam einzugreifen, ist nicht ratsam;
dagegen ist es ratsam, den kaiserlichen Arbeitsvertrag
auf höchstens 63 Stunden in der Woche, der bereits jetzt
in 90 pCt. aller gewerblichen Betriebe besteht, gesetzlich
festzusetzen. Dies sei leicht erreichbar und immerhin ein
Fortschritt. Im Falle der Ablehnung des Antrages
Hise, stelle das Centrum einen Eventual-Antrag, wonach
eine Enquete veranstaltet werden soll, daß überall da
auf dem Wege der Verordnung eingeführt wird, wo
im Betriebe die Gefährdung der Gesundheit vorliegt.

Abg. v. Kaborst (Reichsp.) kann nur für den Cen-
tual-Antrag stimmen. Wenn der Reichstag den Antrag
nicht, würde er sich doch Bahn brechen. Die Statistik über
denen sei noch zu neuen Datums. Nebenher stellt
die Wirthungen der Arbeiter-Verordnung als für die
kleinen Betriebe unerschwinglich hin. Sie sei ein Hinderniß
der Regierung vor der Social-Demokratie. Er hoffe,
daß man diesen Wiedling wenigstens so lange zurück-
nehme, bis die Enquete, die der Eventual-Antrag fordert,
erfolgt sei.

Präsident v. Bismarck theilt mit, daß ein Abänderungs-
antrag Hise-Bachmide zu dem Eventual-Antrag Hise
eingegangen ist, wonach bei Gesundheitsgefährdung auf
dem Wege der Verordnung oder richtigerweise zur
Regelung der Arbeitszeit eingegriffen werden soll.
Abg. Hilpert (Bayr. Bauernb.) will für den An-
trag Hise stimmen.
Abg. Hise befragt den Abänderungsantrag.
Der Antrag Auer ist agitatorisch. Die Social-
demokraten hätten gewünscht, daß er nie angenommen
werden würde. Eine isablenhafte Regelung der
Arbeitszeit, wie sie sowohl der Antrag Auer wie der
Principal-Antrag Hise fordern, ist unmöglich.
Eingegangen ist ein Antrag Hise (Anti-Semite)
zum Principal-Antrag Hise, denselben auch auf das
Verkehrsweisen auszuweiten, sowie ein weiterer Antrag
Schneider zum Antrage Hise, wonach Einzelheiten
nur auf dem Wege der Reichsgesetz-Regelung erfolgen
sollen, nicht aber auch auf dem der Verordnung.
Abg. Graf Stolberg (anti-Sem.) wird für den Cen-
tual-Antrag Hise stimmen, nicht aber für den Antrag
Hise.

Abg. Schall (conf.) hofft, daß, wenn Bismarck Ra-

mann in dies Haus komme, er wenigstens nicht als
Bismarck komme; ihn würde das Gefühl dieser Collegialität
bedrücken; er ergreife die Gelegenheit, jede Gemein-
schaft mit Bismarck Raumann weit von sich zu weisen.
Abg. Schreiber (Freis. Sp.) begründet seinen
Abänderungs-Antrag zum Antrag Hise.

Abg. Legien (Soz.-Dem.) Der Antrag Auer
wird nur dann agitatorisch wirken, wenn er abgelehnt
wird. Die Schuld an den hiesigen Ereignissen liegt
nur in der Tendenz, die mit Freunden die Gelegenheit
ergreift, mit Knüttel und Säbel die Arbeiter nieder-
zuschlagen. Deswegen hat man die Ausschreitungen
einer Anzahl halbwüchsiger Jungen benutzt, um dem
Auslande einen würdigen Vorwurf zu verleihen.
Redner polemisiert in diesem Sinne weiter, insbesondere
gegen Frhen. v. Stamm.

Ein Beratungs-Antrag wird angenommen.
Abg. Graf Mirbach (conf.) bemerkt, er sei ge-
zwungen gewesen zu verzeihen. Aus den Zeitungen habe
er den Inhalt Auer's erfahren. Meine Bemerkung
hat durchaus nichts Verleidendes enthalten. (Unruhe.)
Wäre der Angriff von der linken Seite ausgegangen,
so hätte ich darauf gar nicht reagirt. Da er aber vom
Centrum ausging, so bemerke ich, daß dasselbe seinen
Grund zum Mißtrauen haben sollte.

Meine langjährige parlamentarische Vergangenheit
sollte mich, wie ich hoffe, vor einer ungerechten Ver-
theilung schützen. Herr Dr. Lieber weist mir Mangel
an Vornehmheit vor. Ich will mich nicht darauf ein-
lassen, zu erörtern, was Vornehmheit ist. Ich glaube
einen so scharfen Angriff nicht verdient zu haben und
wünsche denselben als unbedeutend zurück.

Abg. Lieber (Centr.) Ich wollte auf die Be-
merkung des Grafen Mirbach sofort antworten, es
wurde mir jedoch von seinen Freunden mitgetheilt, daß
er eine diesbezügliche Auffassung in Aussicht gestellt
habe. Dies ist aber nicht geschehen. (Sehr wahr!)
Nun mußte ich am andern Tage darauf zurückkommen.
Dies war doch kein Angriff gegen einen Mißwiesenden.
Graf Mirbach ist ja Mitglied dieses Hauses. Ich betone
nochmals, daß ich im Auftrage meiner Freunde ohne
Rücksicht auf die persönliche Seite der Sache mich gegen
den objectiven Thatbestand ausgesprochen habe. Die
heutigen Ausführungen des Grafen Mirbach waren
doch nur der Ausdruck der Verlegenheit, in die der
Herr Graf versetzt worden ist. Wir sind nicht in der
Lage, von dem Herrn Grafen Mirbach Behauptungen
über vornehmen Ton entgegenzunehmen.

Morgen 1 Uhr Militä-Etat.

Preussische Provinzial-Parlament.

Neuß, 12. Februar.

* Für Samstag ist gelinde, meist wolfiges bis
trüb-windiges Wetter mit Regen zu erwarten.
(?) Unfall. An einem hiesigen Neubau wurde
einem jugendlichen Arbeiter beim Absteigen einer
Träger ein Fuß stark gequetscht.

Der Afrika-Berein deutscher Katholiken
veröffentlicht seinen Rechnungsabrechnung für 1896. Da-
nach hatte derselbe im Berichtsjahre rund 110,000 M.
an Beiträgen und Zuwendungen zu verzeichnen. An
der Spitze steht mit 38,987 M. die Diöcese Münster,
in dessen kommen von dieser Summe, wie der Bericht
ausdrücklich hervorhebt, 17,390 M. auf die in Münster
erhebende Beiträge, Kreuz und Schwert, welche
diese Summe bei ihren Ankommen in und außerhalb
Deutschlands gesammelt hat. Dann folgen Köln mit
26,592 M., Rotterdam mit 11,092 M., das aposto-
lische Vikariat im Afr. Sacien mit 9,500 M., Pader-
born mit 6,341 M., Trier mit 4,984 M., Freiburg
mit 3,352 M., Osnabrück mit 2,159 M., Elmberg mit
1,880 M., Hildesheim mit 1,522 M., Fulda mit 1,408
M., Ermland mit 780 M., Breslau mit 639 M. Aus
Bayern, das dem Vereine nicht angehört, sind rund
880 M., aus Österreich 1,690 M., aus England 81
M. eingegangen. Entschuldigend sei in den Einna-
men kein Rückgang eingetreten; sie hätten sich seit fünf
Jahren stetig auf etwa derselben Höhe. Man dürfe
aber der Bismarck'schen „Kreuz und Schwert“, der wir
obige Siften entnehmen, wohl eine erhebliche Steige-
rung wünschen. Für das enorm große Missionsfeld
anfer Colonien sind 100,000 M. eine recht anbeden-
tende Summe. Die Berichte der protestantischen Mis-
sions-Gesellschaften weisen eine zehnmal höhere Ein-
nahme auf, und mit diesen Gesellschaften müssen anfer
katholischen Missionare konkurrieren können, wollen sie
nicht den größten Theil der deutschen Missionen in
Afrika und der Südsee der Härte überlassen. Des-
halb ist es notwendig, daß sich das Interesse der
deutschen Katholiken mehr als bisher der Mission in
den eigenen, in den deutschen Gebieten zuwenden. Sehr
hältig ist in dieser Beziehung oben genannte Zeitschrift,
der sicher zum großen Theile zu danken ist, was bisher
erzielt wurde. Freich und vollständig geschickten, in
enger Fühlung mit den Missionen aller Gebiete, dabei
gut instruiert, reichhaltig und billig, ist sie zu recht ge-
eignet, das katholische Volk für eine große christliche
und patriotische Aufgabe zu erwecken. Schon im 1.
Monate des jetzigen 5. Jahrganges konnte sie über 3000
M. an Missionen verzeichnen.

M. G. Eintrag. Eine interessanter und an
Vorträgen reichere carnevalistische Demonstration wie
die gestrige des M. G. Eintrag hat die diesjährige
carnevalistische Saison wohl nicht aufzuweisen. Bis
zum höchsten Plätze war der Saal des Restaurants
Winc. Müller von einem in bester nährlicher Stimmung
besessenen Völkchen, Damen und Herren, besetzt. Gleich
nach 9 1/2 Uhr konnte der Vorsitzende, Herr Joseph
Breuer, die Sitzung eröffnen, indem er darauf hinwies,
daß heute, der Lustbarkeitsfeier wegen, jeder Gast für
11 Pfennige Vergnügen genießen könne, worauf der-
selbe die Preitsche und das Präsidium dem Hise Joh.
Weyersbach übergab. Den Reigen eröffnete das Lied
Nr. 4 von Franz Brämann. Darauf folgte Herr
Vorleser mit einem Hoch auf die Frauen und dem
Protokolle über die Festlichkeiten des Vereins Eintrag
im Laufe des Jahres. Joh. Weyersbach sprach über
die Naturgeschichte des Menschen. Jo. Klimes ein
Couplet über die verschiedenen Mitglieder. Soc. Sachs
ein Couplet über „den Probenabend“. Die Präsidenten
der Carnevalgesellschaften stellten und Stedelpad
wurden bezüglich bewillkommen. Ersterer Franz
Joffen sprach über „die Schwiegermütter“, letzterer
Fritz Breuer als Raban über „minderhens“. Johann
Weyersbach sang von der Eintracht. Depon sang ein
Couplet. Dann gelangten die „Wendlinge“ zur Auf-
führung. Präsident Joffen hielt seinen Preisvortrag
von Kbin über „Kleidung“, Marx Klimes ein Couplet
über Wolkebing, J. Sachs und J. Brämann trugen
ein Echo vor. Franz Joffen dankte für den freunds-
chaftlichen Empfang, ebenso Fritz Breuer. Der Vorsitzende

bankte allen, die sich um das Fest verdient gemacht.
Zum Schluß wurde dem Vorsitzenden Dank und An-
erkennung gezollt für die ausgezeichnete Leitung, welche
auch nichts zu wünschen übrig ließ. Erst gegen 3 Uhr
wurde die Sitzung geschlossen.

O. Grevenbroich, 10. Febr. Vorige Woche be-
richteten wir von einem Einbruchsdiebstahl-Bericht
beim Uhrmacher Raffill hierseits. In derselben
Nacht ist auch noch in dem Manufacturaarengeschäfte
des Herrn Theodor Schopp's eingebrochen worden.
Auch hier sind jedoch die Diebe verschluckt
worden. Nach bei dem Kaufmann J. Dörmberg sollen
sie ihr „sauberes Handwerk“ ausüben verüßt haben,
hier ist ihnen jedoch dasselbe Schicksal widerfahren. Bis
jetzt ist es noch nicht gelungen, die Thäter zu ermitteln.

Capellen-Wevelinghoven, 11. Febr. Heute
Nachmittag hat sich am hiesigen Bahnhofe ein schre-
ckliches Unglück ereignet. Dem dort mit dem Verladen
von Baumstämmen beschäftigten Arbeiter R. Meuter
ist unglücklich Weise ein Baumstamm auf die Brust
gefallen, wodurch er so stark Verletzungen, daß er noch
beim Verbringen nach dem Krankenhaus in Weveling-
hoven verstarb. Unter großer Betheiligung fand
gestern Morgen unter Begleitung des Kreisgerichts
mit Wust die Beerdigung des Veteranen Mathias
Schilde statt.

Düsseldorf-Chronik, 11. Febr. Einem
an der Heimecke wohnenden Kellner wurden eine
Wenige Kleider gestohlen. Der Dieb, Schloffer Wih.
Lomborg, wurde verhaftet.

Das Wasser des Rheines ist so stark gefallen,
daß heute Abend das Werk am Goldhor frei war.
Mit Aufbruch der Schiffbrücke hat man heute Nach-
mittag begonnen, dieselbe wird wahrscheinlich morgen
Abend fertig werden.

Der Händler A. aus Düsseldorf an der Neustraße
wohnend, wurde heute von der Straßammer III wegen
Kuppel zu 8 Monaten Gefängniß rüthelt und gleich
verhaftet. Es schweben noch zwei weitere Untersuchungen
gegen ihn.

Nürnberg, 11. Febr. Sy-bicus Raewel aus
Hameln ist heute zum Bürgermeister von Nürnberg ge-
wählt worden.

Das Wasser fällt flüßlich um 4 cm. Die
Nähr wächst bei Mülheim langsam. Der Betrieb der
Weiler Schiffbrücke wird morgen wieder eröffnet.

Wien, 12. Febr. Die Kaiser-Schiffbrücke wurde
gestern Abend dem Verkehr wieder übergeben. Die
König-Dampfschiffahrt-Gesellschaft und die
Niederbänische Gesellschaft haben ihre Fahrgäste gehern
Morgen wieder aufgenommen. Die Gierpunkte zu Bonn
und zu Köln-Münster treten heute wieder in Thätigkeit.
Die Schiffahrt ist allenthalben in vollem Gang.

Elberfeld, 10. Februar. Wegen Verdachts der
Steuerhinterziehung wurde gestern bei den Schrauben-
fabrikanten Gebrüder Bauer in Cronenberg eine mehr-
stündige Durchsuchung vorgenommen, an der sich ein
Regierungs-Commissar, der Landrat, der Kreissecrär
und der Bürgermeister von Cronenberg betheiligten.
Die Untersuchung nahm über 4 Stunden in Anspruch.
Während derselben waren alle Ein- u. Ausgänge durch
Gensdarmen besetzt, Niemand wurde heraus- oder hin-
eingelassen; selbst die 300 Arbeiter der Firma, die
sonst 3 Stunden später zum Mittagessen kamen, muß-
ten dort bleiben. Die Durchsuchung hatte das Ergeb-
niß, daß zwei Kisten voll Bücher und Schriften beschla-
gnet und nach dem Bürgermeisteramt befördert wur-
den. Die Aufbietung von bewaffneter Macht und die
wüßige Verhörung der Fabrik- und Geschäfts-Näme
erregten natürlich großes Aufsehen.

Bonn, 10. Febr. Die Bemühungen, für die hün-
dertjährige Geburtsstiftung Kaiser Wilhelms I. die
Betheiligung aller hiesigen studentischen Vereinigungen
herbeizuführen, sind nach längern Verhandlungen zu
einem erfolgreichen Abschluß gekommen. Mit der Vor-
bereitung des Festes ist eine Commission von neun
Mitgliedern betraut worden, zu der die katholischen
Verbindungen drei Mitglieder gestellt haben. Vor-
sitzender ist ein Mitglied des Bonner S.-C., Schrift-
führer ein Mitglied der Novesia.

Vermischtes.

Hamburg, 11. Februar. Laut Abrechnung des
Centralstellens wurden insgesamt 1,378,531 M.
Unterstützungsgelder ausgezahlt. Bis Mittwoch Abend
wurden 2800 am Streik betheiligte Arbeiter wieder
eingestellt, davon 100 am Staatsloal, diese jedoch zum
niedrigen Lohnsatz von 3 M. täglich.

Wichtigste Nachrichten. Die Abrechnung
des Reichsstatistikbureaus auf den Geschäftsjahr war Ge-
genstand eines Projectes, über welchen die Reichs- d.
Anwaltst. im Ob.-Landger.-Bezirk Breslau' folgendes
mittheilt: Die Klägerin hatte vom 1. Septem. 1895
bis 1. April 1896 beim Beklagten als Dienstmagd in
Dienst gestanden und dieses Dienstverhältnis zum 1.
April 1896 ordnungsmäßig gekündigt. Sie fordert
nunmehr ihren für das 1. Januar 1896 rückständigen
Lohn, während Beklagter einwendet, es müsse das
Weihnachtsgeld (in Höhe von 36 M.) hierfür in
Anrechnung gebracht werden, da die Klägerin im Laufe
des Dienstjahres den Betrag durch Kündigung geföh
habe. Das Amtsgericht Waldenburg trat der Auf-
fassung der Klägerin bei. In den Gründen heißt es:
Der § 36 der Gesandordnung vom 8. November 1810,
der für die Streitfrage maßgebend ist, lautet: „In
allen Fällen, wo Weihnachtsgeldente während des
Dienstjahres schon wirklich gegeben worden, kann die
Dienstverpflichtung auf den Lohn anrechnen, wenn der
Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch Schuld des
Gefindes wieder aufgehoben wird.“ — Voraussetzung
ist demnach ein Verschulden des Dienstboten, das zur
vorzeitigen Auflösung des Dienstvertrages geführt hat,
und das von der Herrschaft nachzuweisen ist. Klägerin
aber hat nicht ihre Pflichten aus dem Vertrage verletzt,
sondern nur von einem ihr zustehenden Rechte Gebrauch
gemacht, das ebenso gut von der Herrschaft hätte aus-
geübt werden können. Hierin kann ein Verschulden
gemäß § 38 ff. der Einleitung zum A. O. R. nicht
gelesen werden. Gegen diese Entscheidung legte der
Beklagte Berufung beim Landgericht in Schwelm ein
und erzielte ein Erkenntnis in seinem Sinne. Die
Berufungsinstanz war der Ansicht, daß ein vor Ablauf
eines Dienstjahres lediglich durch den Willen des Ge-
findes aufgehobener Dienstvertrag als im Sinne des
§ 36 durch die Schuld des Gefindes aufgehoben zu
erachten ist. Der Angeklagte war daher nach der Auf-
fassung des Landgerichts berechtigt, die der Klägerin
gegebenen Weihnachtsgeldente in Abzug zu bringen.

Die kleinsten Staaten der Erde. Ge-
wöhnlich hält man Monaco, San Marino und Vatica-
nien für die kleinsten Staaten. Das ist aber nicht
richtig. Es gibt noch drei „Reiche“, die kleiner sind.

Das eine ist St. Kilde, das westlich von den Hebriden
liegt, kaum zwei Quadratmeilen groß ist und von
einigen hundert Fischern bewohnt wird, die zerstreut in
Hütten wohnen. Ueber die Bewohnerin gebietet eine
„Königin“. Sie wird vom Volke frei gewählt und
herrscht so lange, bis sie sich verheirathet. Dann aber
geht die Macht nicht etwa an ihren Mann über, son-
dern es findet wieder eine neue Wahl statt, wobei indeß
nur Mädchen oder junge Wittwen, die noch nicht re-
girt haben, in Betracht gezogen werden dürfen. Män-
ner sind vom Thron völlig ausgeschlossen. — Das
zweite dieser Reiche bildet der Weiler Gouff; er liegt
in Frankreich im Departement der Niederpyrenäen,
mehrere tausend Fuß über dem Meere. Wie San
Marino eine Republik, tritt er rüthig ins zweite Jahr-
tausend seines Bestehens. Er hat kaum 120 Einwoh-
ner, die sich von Wollen- und Seidenweberei ernähren.
Ein Rath der Ältesten regiert die kleine Gemeinde
anentgeltlich. Steuern und Abgaben sind gänzlich un-
bekannt. — Wie glücklich sind diese Leute schon auf
Erden, sie brauchen auch nicht Solbat zu werden!

Der weibliche Theil der Bevölkerung
Athens befindet sich, wie man der „Schief. Zeitung“
schreibt, in ungewöhnlicher Aufregung, denn Großes
wird geplant: der Erfolg der gegenwärtig bei allen
festlichen Anlässen getragenen albanesischen Tracht
durch die altgriechische. Uab die Archäologen und
Künstler setzen Gelehrsamkeit und Talent an die Lösung
der Aufgabe, ein geschmackvolles und zugleich der an-
tiken Ueberlieferung möglichst getreues Gewand zusam-
menzustellen. Die Anregung zu diesem Gebanten ging
von dem leghin in Athen gebildeten Verein griechischer
Frauen aus, der auf nationaler Grundlage den Sinn
für das Familienleben verbreiten, das Erziehungswe-
sen heben, und Wohlthätigkeitsunternehmungen fördern will.
Der hervorhebende Tag des zu gleicher Zeit in Athi-
on bei Mesolonghi gebildeten Comites griechischer
Damen ist das für die Gemanner gewiß sehr erheben-
de Bestreben, die Kleidung zu einfach wie möglich zu
gestalten, was bei dem gerade im Innern des Landes
getriebenen ungläublichen Luxus zweifellos seine Berech-
tigung hat. Wir hätten nichts dagegen, wenn das
Vorgehen der griechischen Damenwelt anderwärts Nach-
ahmung fände. Bisher Kneip ist bekanntlich auch ein
halber Anhänger der altgriechischen Gewandung.

Ursache und Wirkung. Stummgalt: Herr
Wirth, ich habe gestern nicht mehr gut im Kopfe ge-
halten, wie viel ich getrunken. Haben Sie's notirt? —
Wirth: Gewiß, 18 Krüge! . . . — Stummgalt: Ja,
Herr Wirth, mir scheint, wenn ich etwas zu viel trinf,
sehen Sie doppelt!

Unanfechtbar. Sagen Sie mir mal, wie
kommt es, daß Ihre Haare schon weiß sind und Ihre
Bart noch ganz schwarz ist. Färben Sie denselben? —
Nein, aber er ist um 20 Jahre jünger.

Im Wirthshaus. Ein geehrter Herr
Wirth, Sie rauchen da aus einer prachtvollen Ciga-
rennpilze, woher haben Sie denn den schönen Wier-
scham? — Wirth: Vom Wiercham.

Hoher Vergleich. Barou: Nun, Alter, wie
gefällt Dir denn der Döse, den ich neulich gekostet
habe? — Knecht: Der steigt wie ein Baron daher an-
ter dem übrigen Rindvieh.

Fruchtpreise zu Neuß vom 12. Februar.

Weizen, kleiner	17
engl. 1. Qual.	16 50
2. Qual.	15 50
3. Qual.	11 80
Roggen 1. Qual.	11 30
2. Qual.	11 30
Gerste Winter Sommer	—
Buchweizen 1. Qual.	12
2. Qual.	12 60
Safer 1. Qual.	11 60
2. Qual.	25
Haps 1. Qual.	24 50
2. Qual.	24
Wesel (Rüben) 1. Qual.	23 50
2. Qual.	23
Kartoffeln (alles die 100 Kilo.)	33
Heu 1. Qual. 500 Kilo	18
Roggenstroh 1. Qual.	18
Beizenstroh	18

Beize unverändert.

Rübel per 100 Kilo in Partien v. 100 Str. (ohne Fass)	56 50
Rübel per 100 Kilo (ohne Fass)	58
Reinigtetes Del per 100 Kilo 3 M. höher als Rübel.	—
Breitschoten per 1000 Kilo	104
Weizen-Vorjahr 00 a 100 Kilo	—
Kleie a 50 Kilo	5
Butter per Kilo	1 90
Eier per Schock (60 Stück)	6 60
Rübel niedriger Kucheln unverändert.	—

Getreide und Producte.

Grevenbroich, 10. Febr. Preise die 100 Kilo: Winter-
Weizen, kleiner hiesiger 16,90, englischer 16,40, Som-
mer-Weizen 16,40; Roggen 11,70; Weizen-Vorjahr der
Sack Marke 000 24, —, Roggen-Vorjahr der Sack 21, —,
Wollweil 6,50 die 50 Kilo, Weib 6, —, Kleie 4,80.

Wien, 11. Febr. Fruchtmarkt. (Preissteigerungen ge-
mäß § 11 der Reichsanst.-Ordnung.) Weizen 16,80,
Roggen 11, —, Gerste 11, —, Hafer 12,90. Ge-
hakt: 11 Sack Weizen, — Sack Roggen, 4 Sack Hafer,
— Sack 6,50—7,90 Weizen 3,50, Rumm-
stroh 5,50 a die 100 Kilo.

Montabaur, 10. Febr. Fruchtmarkt. Durchschnitts-
preise die 100 Kilo: Weizen 17,65, Roggen 13,50, Gerste
12,30, Hafer 12, —. Kartoffeln 8,30 die 50 Kilo.

Elberfeld, 11. Febr. Fruchtmarkt. Marktpreise die 100
Kilo: Weizen 1. Sorte 16,95, 2. 16,65, 3. 16,35; Rog-
gen 1. Sorte 13,95, 2. 13,75, 3. 13,55; Gerste 1. Sorte
19, —, 2. 11,67, 3. 11,33; Buchweizen 16,15; Hafer 1.
Sorte 13, —, 2. 12,50, 3. 12, —. Kartoffeln 8,50, Gen
6, —, Roggenstroh 3,40 die 100 Kilo.

Berlin, 11. Febr. (Nichtamtliche Preisnachrichten aus
dem Verein Berliner Getreide- u. Producten-Händler.) Wei-
zen vort. 167, —, Mai 167, —, Roggen vort. 124—124,50,
Mai 124, —, Hafer vort. 133—143, Mai 133, —.

Stettin, 11. Febr. Nach Privatermittlungen wurden
im freien Verkehr gehandelt: Weizen 165—167, Rog-
gen 120—121, Hafer 123—124.

Magdeburg, 11. Febr. (Rader.) Kornzucker auschl.
92% 11, —, auschl. 88% 9,80—9,90; Koch-
salz auschl. 75% 7,80—7,90 Etwas besser. Koch-
salz auschl. 1. 23,25, 2. 22,75. Weizen 1. 23,25, 2. 22,75.
Bismarck, 11. Febr. Schmalz, Bismarck 0,21%, Karmoz
speid 0,21%, Endach 0,23, Gatte Gracy 0,23, Bismarck
label 0,23. Ruchg. — Amerik. Syed, New York 11, —,
Februar-Abzahlung 0,22. Ruchg.

Hamburg, 11. Febr. Schmalz: Steam 10, 20 Febr.
bantz 22 1/2, Karmoz spec. 23 1/2, Rader Febr. 21,5, März
9,17, April 9,25, Mai 9,37 G. Schmalz.

Hamburg, 11. Febr. Weizen hauer, holl. 165—170,
Roggen hauer, medien. 123—330, russ. mait. 86—88.

Tafelbuche der Verkauften.

Berlin, 11. Febr.

41/ Reichsanl. 104,50	Dresden 355, 153, 23	Seifenstein, 169, —
39/ „ do. 124,25	Handelsgg., 132, —	Warenr. 179,50
39/ „ do. 90,30	Baufigerader, —	Dortmunder 51,30
40/ prf. Bon. 104,60	Dortm. Or. 163,25	Gibernia 178,90
39/ „ do. 104,40	Reber-Blg., 175, 175	Rebbs. Klobb 112 10
39/ „ do. 85,50	Geßl. Baumt., 113,30	Garben. Pfad., 123,75
39/ „ do. 208,50	Wangung 179,50	Wangung 189,50
39/ „ do. 198,10	Opferrang 94,50	Sonsthalb. 255,75
Reichs. 355, 196,50	Teuf. Dymn., 192, —	Dannenberg 12,50
Naumb. f. 2. 144,30	Saunhaite 167,50	

Wismarsche.

Stettin, 11. Febr. Kleiner Viehwart. Eingetrieben 910, 5 Schweine, verkauft 1. Sorte zu M 66 (ausgezeichnet 57), 2. 54, 3. 51 die 60 Rfl. Schlachtmäst. — Markt langsam gedumt.

London, 10. Febr. Viehwart. In Auktion waren 130 Stück Hornvieh und 730 Stück Schafe. Preise von Hornvieh: 0 lb. 0 d. bis 0 lb. 0 d., von Schafen 3 lb. 6 d. bis 5 lb. 4 d. In Denmark waren 1250 Stück Hornvieh und 4390 Schafe. Preise von Hornvieh 2 lb. 6 d. bis 3 lb. 8 d., von Schafen 3 lb. 0 d. bis 3 lb. 8 d., für 8 Pfund.

Wasserhaube-Kaestchen.

Wallerhand vom 11. Febr.

Mannheim Rheingbz.,	6,32 — 0,38 Meter.
„ „ „ „	2,58 — 0,13 „
„ „ „ „	5,54 — 0,45 „
„ „ „ „	3,70 — 0,13 „
„ „ „ „	2,60 — 0,13 „
„ „ „ „	6,32 — 0,50 „
„ „ „ „	6,50 — 0,55 „
„ „ „ „	6,49 — 0,28 „
„ „ „ „	6,03 — 0,32 „

Wilde Geden.

Es gingen ferwer het naas als:
für die Kirche der unbedenkten Empfangnis in Witten
dessehl. ung. 1. — M., naas 2,50 M.

**Düsseldorfer
Stadttheater.**
Direction:
Eugen Staegemann.
Freitag den 12. Febr. 1897.
Nigoletto.
Oper von Verdi.
Saufang den 13. Febr. 1897.
Die Elfe vom Glenshof.
Sonntag den 13. Febr. 1897.
Nachmittags 7 1/2 Uhr.
Morix Schürdröge.
Auffspiel von Gustav v. Mojer.
Pension Schüller.
Feste von Jakob und Lanks.
Abends 7 Uhr.
Mignon.

Kinderwagen
in großer Auswahl, anerkannt bestes
Fabricat, empfehlen billigst
Geisw. Wiehand.

Recept.
Man nehme 1 Liter Weingeist, 1/4
Liter Wasser, füge für 75 Pfennig
Weinlingoff's Cognac-
hinz, so erhält man 2 1/2 Liter Cog-
nac, welcher der gewöhnlich Zusammen-
setzung nach dem edelsten gleich ist und
ihm an Geschmack und Bekömmlichkeit
nicht nachsteht. Weinlingoff's Cog-
nac-
hinz ist echt nur in Original-
flasgen zu 75 Wfg. mit dem Namens-
zug des Verfassers, Dr. J. M.
Weinlingoff in Walsheim a. d.
Rhing. Zu haben bei Apotheker S.
Boers, Apotheker S. Schmitz,
Apotheker Kaffner, bei J. Mo-
ren's Weinhandlung in Dr.
Plan, C. Ronbichs Wein, A. G.
Scharf in Aeng.
J. Willig's, Martin Wels
in Gredendrois.
W. Franken in Siesbahn.
S. Waller in Osnabrück.



Hunderte

Nachschickungen den Gefährten
 - Vereinen - Witterungsgefahren
 Frankreich - Landwirthschaft u.
 bewachen alle grossartigen und
 ausserordentlichen Kundigen
 unsere Gefährten, die jedoch nicht
 aber auch keine Gefahr, werden nicht
 mit diesen Gefährten, die für eine
 sammeln hat, (schonlich) zu sammeln
 haben wir den Witterer (schonlich)
 erwidert u. hat es in letzter Zeit
 diesen Gefährten, von dieser Gefährten
 (schonlich) (schonlich) zu sammeln
 (schonlich) (schonlich) zu sammeln

Bismarck
 Pferdedecken,
 nur M. 3,95,
 Porto extra.

„Sport“ Doppel-Decke,
 extra groß u. schwer, a. 105 x 200
 goldgelb oder violett
 nur Mk. 5,95.

Preis, 60 Pfund, 60 Pfund, 60 Pfund.
 Gebirgs-Decke (schonlich) (schonlich)
 b. d. (Wollman-Decke), Wollman,
 Solothurn 1.

NB! Nicht (schonlich) (schonlich) und
 (schonlich) (schonlich) (schonlich) (schonlich)

Dr. Oetker's
Backpulver à 10 Pfg. gibt feinste
 Kuchen und Bisk.

Rezepte gratis von dem best. Geschäft.
 J. Mohren's Medizinal-Drogerie v.
 Dr. R. Glan, Büchel 22.

Redaction

Die
Preis
Das

Mr.

Griechen
damit di
dentlich
ist Pein
des Kön
getreten,
Mitteln
Kreta zu
Prinz ge
worden,
gehen sei
urtheilt.
Prinzen
Mächte
Griechenl
nicht als
wegen sei
Gefahr fi
Völkern
vergebens
land gew
Griechen
tionslust
ganzen B
selbst je
nehmung
winden h
Krieg mit
scheint zu
bei dem
annis vie
vermehr
noch nicht
einen sch
wärtigen
Delyannis

2

Eine „
neulich v
truges a
worden; d
pheten au
das Gerich
Fran selbe
llichkeit ge
einen Frei
sagen. Si
sie die Z
den aberg
Tasche lo
Thatfache
doch nicht
für wahr
deren sch
hinter kom
gehen kann
erwecken
den Unfinn

Mit der
buchs hat
wie sich
wiederholt
vielen Clau
kloste den
betrieben
durchschl
getriebene
lich“ die
und daß
Vernünft
menhang
würde ich
Moment“,
Wahrsag
mog ja alle
ihre Fähig
kunft zu
angeblieh
werthet, so
Kennen i
Überglan
nünftigen
gemacht
stens ein
aufes kan
lichkeit ih
unbedinge
Kunden mit